

Zukunftsforum Open Government

#ZOG13

Protokoll der Veranstaltung am 08.11.2013 an
der Zeppelin Universität in Friedrichshafen

Inhalt

1	Dokumentation Panels	2
1.1	Panel 1: Gelebtes offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln in Deutschland	2
1.2	Panel 2: Gelebtes Regierungs- und Verwaltungshandeln in der Cloud	3
1.3	Panel 4: Gewährleistung von IT-Sicherheit und Vertrauen trotz PRISM, Tempora & Co	5
2	Dokumentation Online-Brainstorming (Panel 3).....	8

1 Dokumentation Panels

Im Folgenden sind zentrale Fragen, Thesen und Argumente der Diskussion in den Panels des ZOG13 dokumentiert. Hiervon ausgenommen ist Panel 3 „Denkbare Schwerpunkte eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln“, da es sich um eine Online-Brainstorming-Sitzung handelte, die separat in Kapitel 2 dokumentiert wird.

1.1 Panel 1: Gelebtes offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln in Deutschland

Teilnehmer: Jan-Ole Beyer, Christian Geiger, Beatrice Lederer, Jörn von Lucke

- 💡 Wie sehen Sie weitere Chancen, Möglichkeiten und Potentiale um noch mehr innovatives Potential aus Politik und Verwaltung auszuschöpfen, so dass alle voneinander profitieren?
- 💡 Wo sind die Grenzen von offener gesellschaftlicher Innovation?
- 💡 Was sind die Tools, die Werkzeuge für offene gesellschaftliche Innovation?
- 💡 Zugang zu Daten muss kostenfrei bleiben
 - allgemeiner Öffentlichkeitsgrundsatz
 - sowie Anspruch auf Weiterverwendbarkeit aus Europarecht
- 💡 Die kommunale Ebene ist beim Thema Open Data besonders relevant!
- 💡 Es muss mehr Überzeugungsarbeit für Open Government geleistet werden!
 - Nutzen muss vermittelt werden, damit Thema für Bürger interessant wird; Vermittlung von wirtschaftlichen Vorteilen, Transparenz oder demokratietheoretischen Aspekten ist nicht zielführend
 - Nutzen der Daten kann Bürger überzeugen
- 💡 Vorstellung des Projektes Ulm 2.0
 - Verbindung von Open Data mit Themenfeldern die nah am Bürger sind; stärkere Vernetzung auch innerhalb der Stadt; aber auch vielseitige Herausforderungen wie bspw. Digital Divide, Informationssicherheit, Transparenz und Öffentlichkeit
- 💡 Gelebte Bürgerbeteiligung zeigt sich in konkreten Projekten
 - Wichtig dabei: Erleben und Spaß
- 💡 Wie kann der Wirtschaft konkret geholfen werden Big Data besser zu nutzen?
 - Zusammenhang Big Data in der Industrie und Infrastrukturdaten, da Auswertung möglich
 - Wirtschaftsförderung hat gewisse Grenzen, wie Privatsphäre. Das ist ein politisches Thema
- 💡 Beschäftigung mit Open Data geschieht erst seit kurzem, Politik und Verwaltung befinden sich noch in Lernphase
- 💡 Open Data kann auch ein Katalysator für Accountability sein
- 💡 Die Ansprüche der Wirtschaft an den Staat sind noch zu unpräzise. Welche Daten brauchen und wollen die Unternehmen?
- 💡 Wichtig, dass Impulse aus verschiedenen Bereichen zu verschiedenen Themen kommen, damit Nachhaltigkeit und Breite erreicht wird

- 💡 Publikumskommentar: Der größte Nutzen von staatlichen Daten liegt darin, den öffentlichen Lebensraum zu modellieren!
- 💡 Publikumskommentar: Datenschutz bei Unternehmen ist ein Witz
- 💡 Publikumskommentar: Kleine Kommunen müssten durch Rechenzentren stärker unterstützt werden
- 💡 Publikumskommentar: Wettbewerbe wie "Internetdorf des Jahres" können viel bewegen
- 💡 Wer will das eigentlich und wie wird es dann überhaupt genutzt? Verhältnis Angebot und Nachfrage
- 💡 Es braucht positive Beispiele die motivieren: Wheelmap.org
 - Aber es ist auch wichtig Leitlinien und Strukturen zu geben zur Datennutzung
- 💡 Legitimität, Demokratie, Transparenz, Gesetz usw. als verschiedene Begründungen für Open Government erschweren eine Operation/Zielsetzung
 - Wir müssen die notwendige Zielformulierung und Priorisierung vornehmen
 - Schwierig in der Verwaltung, da keine KPIs vorhanden und durch den Einfluss der Politik auf die Kontinuität und Zielformulierung hat
- 💡 Publikumskommentar: Politik funktioniert eher chaotisch und die Verwaltungen sind nicht unbedingt fähig dazu, Projekte umzusetzen, wenn sich Meinungen/Ziele ändern

1.2 Panel 2: Gelebtes Regierungs- und Verwaltungshandeln in der Cloud

Teilnehmer: Peter Bräutigam, Thorsten Hennrich, Matthias Kammer

- 💡 Ist Cloud Computing (CC) im öffentlichen Sektor rechtlich überhaupt zulässig?
- 💡 CC durchlief verschiedene Phasen, von Ablehnung (1.) zu Akzeptanz (2.), in den Jahren 2010-2011
- 💡 CC ist unter bestimmten Voraussetzungen zulässig: Auftragsdatenverarbeitung, Transparenz, Sicherheit, Zertifizierung
- 💡 Verschiedene Angebote: US-Clouds (Safe Harbor Abkommen), EU Model Clauses (Standardklauseln, denen sich die Unternehmen unterwerfen), Binding Corporate Rules
- 💡 3. Phase: Rückschlag Juni 2013: NSA-Affäre / Snowden
- 💡 Konsequenz: Europäische Dienste nutzen, Cloud Services made in Germany → keine Lösung, weil Datenpakete dennoch andere Wege nehmen können
- 💡 Beispiel: CC in bayerischen Kommunen
- 💡 Outsourcing von IT-Anwendungen, davon 84% dauerhaft
- 💡 Gründe für Outsourcing: Kosteneffizienz, Personaleinsparungen
- 💡 Sensible, personenbezogene Daten kommen für Outsourcing nicht in Frage
- 💡 Befragung zeigt, dass Vertrauen und Sicherheitsbedürfnis essentiell sind
- 💡 Öffentliche Verwaltung als Vorreiter!?
- 💡 Verschiedene Bundesländer, hauptsächlich im Norden, haben einen gemeinsamen IT-Dienstleister (z.B. Dataport in Schleswig-Holstein) → Möglichkeit der effizienten Aufgabenübernahme

- 💡 CC ist ein weiterer Beitrag zur Standardisierung und Kostenreduktion (→ Standardlösung), Rechenzentrumsleistung kann gekauft werden, als Auftraggeber hat man mit der Organisation dessen aber nichts mehr zu tun
- 💡 Für die öffentliche Verwaltung ergeben sich daraus Rechtsfragen, weil der Auftraggeber nicht mehr genau weiß, wo seine Daten gerade sind
- 💡 Wie kann man Vertrauen und Compliance zwischen Auftraggeber und Dienstleister herstellen?
- 💡 Wichtigster Punkt: Kostenreduktion und Standardisierung
- 💡 IT in der Verwaltung muss länderübergreifend organisiert werden
- 💡 Forderung: Deutsche Verwaltung muss umdenken und gemeinsam arbeiten
- 💡 Projekt Fraunhofer AISEC: Wie kann ich feststellen, wo meine Daten auf meinem Smartphone gerade liegen? → Vertrauensforschung
- 💡 Vertrauen nach Luhmann: Reduktion von Komplexität
- 💡 These: Vertrauen setzt da ein, wo ich etwas nicht richtig verstehe und dennoch zustimme. Wenn es funktioniert, hinterfrage ich es nicht. Vertrauen ist entstanden → Convenience
- 💡 Kulturwandel: Wie verändert man das Verhalten in der Verwaltung? Hier stehen wir noch am Anfang
- 💡 Publikumskommentar: Es stimmt nicht, dass man den Weg von Datenpaketen nicht bestimmen kann → Internet auf lokaler Ebene funktioniert am Besten
 - Innerhalb von Behörden gibt es einen Trend zur Regionalität
 - Bund hat noch keine Cloud für seine IT. Es gibt noch nicht einmal ein zentrales Rechenzentrum.
 - Grundsatzfrage: Wie geht der öffentliche Sektor mit seiner IT-Organisation um? → Statusanalyse und Konsequenzen daraus → externe Dienstleister sind nicht unbedingt notwendig, die Zusammenarbeit der bestehenden öffentlichen IT-Anbieter ist vermutlich effektiver und effizienter
 - Problem: Als Angreifer hat man dann einen zentralen Punkt, den man mit einem Mal knacken kann. Das ist ein Gefahrenpotenzial der Cloud im öffentlichen Sektor
 - Wichtig ist auch, dass ein stabiler Betrieb gewährleistet werden kann
 - Es braucht eine Differenzierung der Dienste: Welche Dienste sind schützenswert?
 - Kosten und Humanressourcen sind Gründe, warum die öffentliche Verwaltung sich mit CC auseinandersetzen muss
 - CC kann Fachanwendung für bestimmte Bereiche sein → Abwägen, was in die Cloud kann und wie man strukturieren und optimal gestalten kann (z.B. sollten Standesamtdaten eher nicht auf Google-Servern in den USA abgelegt werden)
- 💡 Zwischenfazit: Cloud ist nicht gleich Cloud
- 💡 Beispiel: Wir mussten in der Vergangenheit feststellen, dass öffentliche Daten teilweise tatsächlich auf US-Servern sind, obwohl man annahm, dass sie bei einem selbst sind. Es war nicht ersichtlich, wo die eigenen Daten gerade sind. Das führte zu einem enormen Vertrauensverlust. Jetzt recherchieren wir, wo Daten sind und überprüfen die Möglichkeiten, Daten zurückzuholen

- 💡 Wir müssen einen Rahmen schaffen, damit Kommunen Dienstleister wie Dataport nutzen → Kann man aus juristischer Perspektive einen Rahmen schaffen?
 - Auftragsdatenverarbeitung gab es schon immer
 - Die entscheidende Variabel ist der politische Wille. Ein rechtlicher Rahmen ist eigentlich gegeben. Schwierigkeit: Begrifflichkeiten werden in Debatten nicht einheitlich verwendet werden.
- 💡 Publikumscommentar: Es gibt 3 unterschiedliche Ebenen, über die man sich bei Diskussion über CC bewusst sein sollte, auf die man unterschiedlichen Einfluss hat:
 - 1. Netzwerk: z.B. eigene Leitungen verursachen hohe Kosten
 - 2. Hardware: z.B. Server, hier hat man mehr Möglichkeiten zu verändern, Grundidee von CC ist, intelligent Netzwerkauslastungen zu nutzen
 - 3. Software: Staat kann hier recht viel Einfluss nehmen, nach NSA-Affäre in Bezug auf Sicherheitslücken in Software, Open Source als Alternative in Betracht ziehen
 - → Die 3 unterschiedlichen Aspekte müssen differenziert betrachtet und unterschiedlich diskutiert werden

1.3 Panel 4: Gewährleistung von IT-Sicherheit und Vertrauen trotz PRISM, Tempora & Co

Teilnehmer: fukami, Till Kreutzer, Horst Samsel

- 💡 Gewährleistung von IT-Sicherheit ein starker Begriff:
- 💡 BSI hat seit 2000 in Präsentationen von der Möglichkeit der Abhörung berichtet
- 💡 IT-Sicherheit ist letztlich immer eine Risikoabwägung
- 💡 Gewährleistung von Sicherheit und Vertrauen muss angestrebt, aber kann nie erreicht werden → Frage des Risikos
- 💡 Sicherheit kostet und ist nicht ergonomisch/bequem
- 💡 Gefahr von IT: Laie kennt die Risiken nicht, weil diese nicht wahrnehmbar sind
- 💡 Nach PRISM stellt sich auch für den Bürger die Frage der IT-Sicherheit
- 💡 Es ist immer eine Abwägung inwieweit die Bürger eigenverantwortlich für ihre Sicherheit sind oder wie stark der Staat seinem Schutzauftrag nachkommen muss
- 💡 Wichtig: Unterscheidung: Schutz vor staatlicher Überwachung und individueller IT-Sicherheit
 - Schutz vor Abhörung ist durch individuelle Sicherheit des Bürgers nicht möglich
- 💡 Forderung: drastischere politische Reaktion mittels Abkommen und negativer Regulierung
- 💡 Eigenverantwortung in zwei Aspekten: technische Sicherheit und eigene personenbezogene Daten
 - Viel Einfluss auf eigene Daten, wenig auf technische Sicherheit
- 💡 Die Option bei Facebook nicht zu sein, gibt es nicht (für junge Leute)
- 💡 Individuelle Sicherheit gibt es nicht, weil erstens das Bewusstsein fehlt, zweitens das Know-How und drittens die Kosten zu hoch sind. → Forderung: ausreichende Default-Einstellungen zum Schutz der Nutzer

- 💡 Bürgerrechte schützen durch IT-Regulierung (z.B. E-Mail Verschlüsselung, VPN)
- 💡 Technische Aspekte in der Diskussion zweitrangig, da schwierig. Nutzer kennen sich nicht aus und wollen es auch nicht. Sie sind folglich nicht in der Lage, sich zu schützen.
- 💡 PRISM und TEMPORA zwar im Ausmaß überraschend, aber nicht in der Existenz
- 💡 Hypothese: Geheimdienste arbeiten frei von der Politik
- 💡 Bei IT-Sicherheit geht man nie nur von einer Schutzschicht, sondern von vielen Layern aus (Firewall + andere Sachen) - NSA hat sich jedoch so tief in das System eingegraben, dass sie nicht einfach zu entfernen sind
 - Dramatische Auswirkung, da Schwachstellen auch von anderen genutzt werden können. Vertrauensverlust in technische Lösung
- 💡 Aufsicht von Geheimdienst nicht realistisch, da sie keine Auskünfte geben
- 💡 Forderung an die Politik: Bildung
- 💡 Vorschlag für konkrete Maßnahmen: Bestrafung von Software, die nicht verbessert/aktualisiert wird, legislative Bestrafung von Webseitenmanipulation, Verbot für Geheimdiensten, in diesen Bereich einzugreifen
- 💡 Schwierigkeit: Industrie will keine Standards, Regulierung kaum möglich, Selbstregulierung gescheitert (BITKOM hat dagegen gearbeitet), Sicherheit von Geräten im nationalen Rahmen sehr schwierig, Verschlüsselung auch problematisch, weil sie oftmals schon ausgelesen werden kann. Das alles führt dazu, dass Vertrauen nicht gewährleistet werden kann
- 💡 Grundrecht auf Gewährleistung durch Verfassungsgericht gefordert, doch wie das umgesetzt werden soll, ist ungewiss. Lobby der Unternehmen agiert gegen regulatorische Gesetze (gegen Default-Einstellungen).
- 💡 Gewährleistungskatalog für Hardware und Software notwendig
- 💡 Vermeidbare Sicherheitsmängel könnten rückwirkend Schadenszahlungen der Unternehmen an die Nutzer bedeuten
- 💡 Nutzererwartung: Sicherheit nach dem Plug-and-Play Prinzip, sodass er sich selbst keine Gedanken macht. Das setzt Vertrauen voraus - wo bleiben die vertrauensbildenden Maßnahmen?
- 💡 Publikumsfrage: Was bedeutet Privacy by Default und Privacy by Design?
 - Antwort: Gesetzliche Bestimmung eines technischen Datenschutzes. Voreingestellte (per default) Sicherheitsmaßnahmen (Privacy by Default). Privacy by Design beschreibt das übergeordnete Konstrukt, wie etwas gestaltet sein muss.
 - Verbindung von Technik und Gesetz: Vorgeschriebene Technik und Verstoß dagegen kann juristisch belangt werden
 - Problematik: Ob Schwachstellen bewusst eingebaut wurden, kann kaum nachgewiesen werden
- 💡 Publikumsfrage: Wenn man regulieren möchte, wie tief soll reguliert werden? Wie spezifisch sollen die Vorgaben sein?
 - Grundsatz der technologieneutralen Regulierung

- Regulierung sollte immer Ultima Ratio sein, aber da momentan der Verbraucherschutz nicht ausreichend ist und der Staat nicht genug schützt, ist weitere/stärkere Regulierung notwendig
- Regulierung per Norm durch dynamische Standards (müssen ständig an neue technische und rechtliche Gegebenheiten angepasst werden)
- 💡 Jede politische Affäre ist eine große Chance
- 💡 Kulturwandel bei den Informatikern notwendig. Brückenbauer kann nicht sagen: Oh, ich wusste nicht, dass die Brücke nicht sicher ist. Informatiker hingegen bauen immer provisorisch und teilweise unsicher (unsichere Brücke als Normalfall)
 - ein "sicheres" Bauen in der Informatik würde ein standardisiertes Tool voraussetzen. Informatiker möchten aber nicht in standardisierter Umgebung entwickeln
 - Vielfältigkeit von Architekturen macht generelle Funktionalität von Software nicht möglich. Bei lebensnotwendiger Software wird Sicherheit dadurch gewährleistet, dass Redundanzen in der Datensammlung aufgebaut werden. Die für diese Operation relevanten Daten werden von verschiedenen Stellen unabhängig voneinander gemessen. Es wird davon ausgegangen, dass jede Datenmessung andere Fehler beinhaltet und sich die Fehler in der Auswertung ausgleichen. Erhöhte Softwarequalität würde Entwicklungszyklen verändern - langsamer und teurer. Vom Endverbraucher ist das nicht gewünscht
 - Publikumskommentar: Entwicklungsdruck von Unternehmen wird höher und in Qualität wird auch massiv investiert
- 💡 Publikumskommentar: IT prägt den Alltag in zentraler Weise. Schon Schulbildung sollte darauf ausgerichtet werden. Was ist die Ethik der Informatik? Das Schönste, was man hat, ist ein Problem das kann man lösen. Informatik ist mehr als eine Spielwiese, erfordert Qualität und ethisches Grundverständnis. IT ist eine junge Disziplin
 - Chaos Club Schule: Workshops an den Schulen. Kongresse für Kids ab 3. Hacker Spaces als Orte der Information. Es gibt wenige Orte, an denen ich mich in einem nicht-kommerziellen Kontext mit Technik beschäftigen kann
- 💡 Publikumsfrage: Formalisierung und Aufbereitung von Risikomanagement. Wie macht man Risiken transparent?
 - Risikomanagement gibt Autonomie - Bezug zu Ethik. Problem des Verständnisses von Transparenz. Wer ist für welches Risiko verantwortlich? (z.B. Staat für Daten der Gesundheitskarte.) Risiken müssen verantwortungsnah getragen werden
- 💡 Publikumskommentar: Sicherheitssoftware nutzerfreundlich machen
- 💡 Internet ist eine Lebenswelt. Sie kann nicht von außen beobachtet oder begangen werden. Trennung zur "realen Welt" muss aufgegeben werden - wir leben in einer digitalen Welt. Das eröffnet neue Auffassungen
- 💡 Es ist nicht hilfreich, Dinge simplifiziert darzustellen. Der Nutzer muss verstehen, was er tut. Bei versteckter Komplexität (z.B. iPhone, Windows) kann kein Verständnis entstehen. Offene Gestaltung notwendig. Aufgabe kann nicht nur durch Gesetze gelöst werden. Muss in Bildung spielerisch vermittelt und verankert werden.

2 Dokumentation Online-Brainstorming (Panel 3)

Ideen-Sammlung für das Open Government der Zukunft

■ Wissenschaft

- 💡 Analyse: Was sind die Bedürfnisse der Bürger?
- 💡 Klare Übereinkunft zwischen allen Betroffenen, wovon wir bei "Open Government" überhaupt reden...
- 💡 Open Access
- 💡 Klare Aufarbeitung von Chancen und Risiken und Kommunikation in die Öffentlichkeit
- 💡 Aus- und Bewertung des tatsächlichen Nutzens (inkl. Entwicklung entsprechender Kriterien) → Sammlung von echten Best Practices, die funktionieren / funktioniert haben.
 - Bundes- oder landesweites Portal mit Übersicht hierzu (#63)
- 💡 Studie über Akzeptanz in der Bevölkerung! Welche Unterschiede gibt es zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen (z.B. jung vs. alt)?
- 💡 Parallel zur generellen Fortentwicklung von OG einzelne überschaubare Test. Thematisches Projekt definieren und kontinuierlich beobachten und auswerten, um das Gesamtprojekt immer wieder daran auszurichten
- 💡 Erforderlich: a. Definition Open Government; b. Analyse: was wollen Bürger, Verwaltung, Politik? c. Entscheidung, was ist sinnvoll? d. In welchen Schritten vorgehen?
- 💡 „Fachliche“ Open-Government-Standards entwickeln, z.B. für Open Gov-Szenarien wie Kitasuche, Sportstättenbelegung, „Open-Immo“ usw.

■ Dialoge/Partizipation

- 💡 Vereinfachter Kontakt Bürger - Verwaltung durch IKT
- 💡 Verbessertes Austausch zwischen wirtschaftlichen und politischen Interessen
- 💡 Verknüpfung von Daten-Veröffentlichung und Partizipations-/Kollaborationsverfahren mit politischen Schwerpunktthemen (Energiewende, demographischer Wandel, ...)
- 💡 Ständige offene Kanäle → Einbindung von Bürgern nicht nur projektbasiert, wenn „von oben“ gewollt, sondern auch für Agenda-Setting, „grassroots“, „bottom up“
- 💡 Beteiligungsunterlagen (in formellen wie informellen Verfahren) verständlich aufbereiten → Pilotprojekte

■ Open Data

- 💡 Open Data voranbringen
- 💡 Mehr Nachfrageorientierung (weniger Angebotsorientierung) bei Open Data → lebensnahe Open-Government-Szenarien unterstützen
- 💡 Open-Data-Task-Force etablieren → Ad-hoc-Datenbedarf schnell decken (nicht "mühsam" Daten in der ganzen inhaltlichen Breite anbieten)
- 💡 Schule. 2.0: Open Educational Resources (OER)
- 💡 Offenes Transportwesen

- Einsetzung von IKT für neue Mobilitätskonzepte
- 💡 Online-Schulstunden als Video-Stream-Möglichkeit des Nachlernens bei Fehlzeiten
- 💡 Handlungsleitfaden für Kommunen zur Bereitstellung von offenen Daten
- 💡 Top 10, 50 oder 100 Datensätze identifizieren und dann systematisch in Open Data transformieren und bereitstellen
- 💡 Offenes Rechtsinformationssystem für Bund, Länder und Kommunen

■ **Transparenz/Vertrauen**

- 💡 Eindeutige Transparenz- und Datenschutzrichtlinien
- 💡 Transparenz bei der kommunalen Entscheidungsfindung zu Themen wie z.B. Ansätze und Begründungen für Haushaltsentscheidungen veröffentlichen
- 💡 Sicherstellung von Transparenz und Vertrauen durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit
- 💡 Breite Diskussion über das Verhältnis von Offenheit und Privatsphäre
- 💡 Offene Gesetzgebung
- 💡 Übersicht für jeden Bürger, wo seine Daten gespeichert werden und welche dies sind
- 💡 Offene Ratsinformationssysteme
- 💡 Lösung des Dilemmas "Fehlerkultur vs. Verschwendung von Steuergeldern"
- 💡 Offene Kabinettsinformationssysteme
- 💡 Definition, wo die Grenze von Transparenz ist - nur Informationen über Personen, oder entsprechend "totale Transparenz unterminiert ihre Basis"
- 💡 Zusammenarbeit, Partizipation, Kollaboration, Austausch, Gemeinschaftsgefühl, etc. _innerhalb_ der Verwaltung stärken

■ **Ressourcen**

- 💡 Mit schnellen & einfach zu realisierenden Projekten starten. Bspw. in Form eines „Gov-Startup-Centers“ das definierte Klein-Budgets für Projekte hat
- 💡 Stiftung mit dem Stiftungszweck Förderung von Open Government Projekten
- 💡 Experten anstellen: Evtl. hier notwendig: Überarbeitung der Personalpolitik?
 - Anpassen der Gehaltsstrukturen, damit auch die notwendigen Spezialisten akquiriert werden können
- 💡 Crowd Funding für Open-Government-Projekte
- 💡 Public-Community-Partnerships
- 💡 Analyse von Investitionskosten und Finanzierung dieser
- 💡 Crowd Funding: Spendenplattformen und lokale Wirtschaftsförderung
- 💡 Digitalisierung "kleinster" Verwaltungseinheiten (Videostream/ Onlineprotokolle) - Kommunal/ Gemeinde/ Kreis für Beteiligung wenn nicht direkt vor Ort
- 💡 Ressourcenklonmaschine erfinden
- 💡 Crowdsourcing als "Heilmittel" für Ressourcenprobleme

■ **Kultur**

- 💡 Kulturwandel hin zu Toleranz und Offenheit
 - Wie soll denn konkret dieser Kulturwandel unterstützt werden?
- 💡 Wie mache ich dem Bürger begreifbar was er nutzen kann (können wird) und bringe ihn dazu es auch zu tun?

- 💡 Überzeugungsarbeit bei den Verwaltungsmitarbeitern → gute Beispiele nutzen und promoten
- 💡 Sensibilisierung der Politiker auf Landes- und kommunaler Ebene für Unausweichlichkeit der Öffnung und die Notwendigkeit einer OG- Strategie und deren Umsetzung
- 💡 Loslösung von der IT-Fixierung; Open Government ist nicht nur Technik...
- 💡 Klar definierte Trennung zwischen Offener Verwaltung und Privatsphäre
- 💡 Anreize für Verwaltungsmitarbeiter und -chefs für Öffnung

📁 Infrastruktur

- 💡 Eine allgemein anerkannte Plattform für Best-Practise-Beispiele und Tools
- 💡 Traumziel: Zusammenführung all der parallel verlaufenden Open-Government-Initiativen. Zumindest eine Art "Register" um einen Austausch zu gewährleisten
- 💡 Fortsetzung der Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen
- 💡 Verbesserte und standardisierte Fort- und Weiterbildungsangebote zu IKT-Themen für Beamte
 - Wichtig: Nicht nur reine IKT, sondern vor allem auch Fragen rund um "Netzkultur", also die gesellschaftlichen und sozialen Implikationen von IKT und Internet
- 💡 Einrichtung E-Government-Kompetenzzentrum und verstärkte Investitionen in die schulische und universitäre Lehre
 - E-Government-Kompetenzzentren gibt es ja bereits viele - mir fehlt da ein wenig der strukturierte Austausch
- 💡 Online Übersicht der Services der jeweiligen Verwaltungsebene (Kommune, Land, Bund) auf einem Portal und nicht gesplittet
- 💡 Ist es möglich in Verwaltungen auf Open Source zu setzen?
 - OpenSource als Allheilmittel?
 - Kann Dinge günstiger machen - aber leider gibt es negative Beispiele wo Arbeitsplatz-OS-Lösungen massiv die Produktivität und Motivation beeinträchtigen
 - Wenn mehr OS Nutzer → Verbesserung der Software?
 - Bei Umstellung auf OS muss dies durch Schulungen unterstützt werden
 - OS: schwieriger Sicherheitslücken einzubauen
 - „Backdoors“
- 💡 Beteiligungsleitfaden für Behörden
 - Datenschutz-Problematik
- 💡 Geschwindigkeit für Bearbeitung von Bürgeranfragen massiv steigern
- 💡 Übernahme oder Verlagerung von kommunalen Aufgaben im ländlichen Raum an andere Organisationen wie z.B. Sparkassen. Beispielsweise Beantragung von Personalausweis etc. → Konsolidierungseffekte
- 💡 Installation von G-Pods im ländlichen Raum (Pods die einen Remote Verwaltungszugang ermöglichen)
- 💡 Breitbandausbau ist essentiell!
 - Wenn Bandbreite essentiell ist, dann sollte die Politik auch die Mittel dafür bereitstellen!!!!

- Das Netz ist die Plattform, daher brauchen wir schnelle Verbindungen flächendeckend!

■ Demokratie

- 💡 Offenes Haushaltswesen
- 💡 Stärkere Nutzung von Voting-Möglichkeiten
- 💡 Aktivierung einer breiteren Beteiligung und Vermeidung eines Elitendiskurses
- 💡 Offenes Parlament
- 💡 Professionalisierung aller potentiellen Teilnehmer, um keine Mehrklassengesellschaft - die, die partizipieren vs. die, die abseits stehen (wollen) - zu schaffen
 - Aber es ist auch ok, nicht teilnehmen zu wollen. Und auch als objektiver „Nicht-Experte“ habe ich wichtiges Wissen
- 💡 Auf Nachhaltigkeit der Lösungen setzen, die sie unabhängig machen von politischen Farbwechseln und sonstigen „Störungen“
- 💡 Wie bleibt sichergestellt, dass wir keine „Expertokratie“ sind, sondern eine repräsentative Demokratie bleiben?
 - Sind wir wirklich eine "echte" repräsentative Demokratie?
 - Sind wir nicht bereits eine Expertokratie?
 - Und ist das nicht in gewissem Maße heutzutage notwendig in einer komplexen Welt?
- 💡 Kann offenes Verwaltungshandeln zur Vereinfachung für den Bürger führen (Gegensatz zur Expertokratie)?

■ Zusammenarbeit/Kollaboration

- 💡 Ebenenübergreifende Plattform für Open-Government-Angebote, flexibel nutzbar für Behörden von Land und Kommunen
 - Wer implementiert und finanziert diese?
 - Budgets, die langfristig und ressortübergreifend angelegt sind. "Change Funds"
- 💡 Sag's doch landesweit
 - Sag's doch = Anliegenmelder & -management, Bürgerhinweisservice
- 💡 Zusammenarbeit 2.0
- 💡 Kooperation zwischen Vermessungsverwaltung und OpenStreet-Map-Verantwortlichen (sind die irgendwie organisiert? kann man mit ihnen Verträge schließen?) zur laufenden Pflege und Bereitstellung von Geobasisdaten
- 💡 Erfahrungsaustausch der verschiedenen Verwaltungsebenen stärker unterstützen
- 💡 Ehrenamtsbörse
- 💡 Zusammenarbeit mit Entwicklern: offene, datenschutzkonforme (Soziale) Netzwerke, Unabhängigkeit von Facebook etc.
- 💡 Verwaltung.share (interne soziale Netzwerke)